

Klimawandel nachhaltig für kommende Generationen bekämpfen – Deutschland als Vorbild in der internationalen Klimapolitik

I. Einführung

Die Welt befindet sich im klimatischen Wandel. Überschwemmungen und Dürreperioden, die globale Erwärmung und der damit verbundene Anstieg des Meeresspiegels durch das Abschmelzen der Gletscher und Polkappen sind nicht mehr Fiktionen sondern Realität geworden. Der Bericht des Weltklimarates IPCC ist eindeutig, um bis zu 6,4 Grad können sich die Temperaturen der Erde bis zum Jahr 2100 erhöhen und um 59 cm wird der Meeresspiegel steigen. In Deutschland wurde bisher schon viel für den Klimaschutz getan, dennoch reichen die bisherigen Maßnahmen nicht aus. Weltweit wurde die Notwendigkeit von umweltschonenden Technologien und Umweltschutz größtenteils unterschätzt. Jetzige und nachfolgende Generationen – auch in Deutschland – werden diese Versäumnisse und deren Auswirkungen zu spüren bekommen. Es ist an der Zeit dieser katastrophalen Entwicklung des klimatischen Wandels entgegenzusteuern.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein nimmt das christlich geprägte Verständnis von der Verantwortung des Menschen für die Schöpfung ernst. Eine konservative Politik beinhaltet insbesondere die Pflicht zur nachhaltigen Bewahrung der Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen. Alle müssen sich aktiver für einen besseren Klimaschutz einsetzen. Bei Akteuren und Betroffenen muss das Bewußtsein dafür geschaffen werden, dass

- die Bekämpfung des Klimawandels mit Kosten und persönlichen Einschränkungen verbunden ist,
- die negativen Entwicklungen des Klimawandels nur global bekämpft werden können und
- sofort – national und international- mit dem Umsteuern in der Klimapolitik begonnen werden muss.

II. Nationale Klimaschutzpolitik

Die verstärkte Aufmerksamkeit bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, die Förderung und Technologieentwicklung im Bereich der regenerativen Energien sind nach Ansicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein erst kleine Schritte für eine erfolgreiche Bekämpfung des globalen Klimawandels.

In Deutschland muss durch die Politik das umweltbewusste und nachhaltige Verhalten der Wirtschaft und der Gesellschaft vorangetrieben werden. Nur in den Fällen, in welchen eine freiwillige Kooperation nicht zum Erfolg führt, ist der Gesetzgeber gefragt. Die jetzige Bundesregierung hat mit ihrer großen parlamentarischen Mehrheit die Chance und die Pflicht, gesetzliche Veränderungen und Vorgaben zu schaffen, falls diese notwendig sind.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert

- neue Umwelttechnologien zu fördern, wie z.B. Brennstoffzellen und Wasserstoffverbrennungsmotoren.
- die Bundesregierung auf, die Emissionszertifikate an die Energiekonzerne zu verkaufen und nicht zu verschenken.
- die Beschlüsse der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein zum Thema Energiepolitik konsequent einzufordern und umzusetzen.
- Klimaschutz- und Energieschutzprojekte an Schulen zur Sensibilisierung für die Folgen des Klimawandels. Diese Themen sollen auch in den Lehrplänen stärker berücksichtigt werden.
- eine Vorreiterrolle staatlicher Institutionen, insbesondere Schulen, beim Einsatz von Methoden zur nachhaltiger und effizienter Gewinnung und Nutzung von Energie (Bsp: Solarthermic).
- die Einschränkung des Verkehrs in Innenstädten.
- die Optimierung der Effizienz von Umwelttechnologien durch starke Investitionen in die Erforschung erneuerbarer Energien durch Sonne, Wind, Wasser und Geothermie.
- die Bundesregierung auf, eine Gesetzesinitiative zu starten, die die vollständige Umlegung der KFZ- Steuer auf die Mineralölsteuer zum nächstmöglichen Zeitpunkt ermöglicht.
- dass die generelle Besteuerung von Kerosin bei gleichzeitigen Steuererleichterungen für den Schienenverkehr unverzüglich umgesetzt werden und gleichzeitig eine ähnliche Gesetzesinitiative auf europäischer Ebene gestartet wird.
- dass weiterhin auf die Leistungen der klimaverträglichen Kernkraftwerke zur Erzeugung von Energien gesetzt wird.
- die Bundesregierung auf, die Besteuerung von Biodiesel und Pflanzenöl als Reinkraftstoff auszusetzen.
- eine Informationspflicht der Hersteller im Bezug auf die Energiebilanz ihrer Produkte, wobei dieser auch anhand eines durchschnittlichen Energiepreises in Euro angegeben werden soll. Auf den Packungen sollen ebenfalls die Verbrauchswerte in Gebrauchs- und Ruhemodus aufgeführt werden.

Ergänzt werden muss das staatliche Handeln durch einen präventiven Schutz der Naturräume in Deutschland, da die Änderungsprozesse im Klimawandel nicht von heute auf morgen erzielt werden. Beispielsweise muss der Bestand des deutschen Waldes ausgebaut sowie auch der Hochwasserschutz in Deutschland verbessert werden, da der steigende Meeresspiegel oder die Gefahren von Binnenüberschwemmungen hier sofortige Maßnahmen erfordern.

III. Internationale Klimaschutzpolitik

Der CO₂-Ausstoß der EU soll bis 2020 mindestens um 20% sinken, das haben die Umweltminister der 27 Mitgliedstaaten beschlossen. Die EU hat erkannt, dass wirksame Klimaschutzpolitik im Zeitalter der Globalisierung nur im internationalen Kontext vollzogen werden kann. Auch wenn der Beitrag der einzelnen Länder noch umstritten ist, ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Die Zusammenarbeit darf jedoch nicht an den Grenzen der EU Halt machen, auf die UN und weitere internationale Organisationen, wie WTO, Weltbank und IWF muss Einfluss ausgeübt werden.

Zielsetzung deutscher internationaler Klimaschutzpolitik muss es sein, dass

- Deutschland durch die eigene nationale Klimaschutzpolitik als Vorbild für die internationale Gemeinschaft auftritt.
- Deutschland die Stärkung und Förderung des internationalen Technologietransports und der Technologiezusammenarbeit vorantreibt
- der Ausstoß von Treibhausgasen in Industriestaaten, wie im Kyoto- Protokoll beschlossen, bis 2020 um 30% und bis 2050 um 70% gesenkt wird.

Die Europäische Union muss als führender Akteur in Wirtschafts-, Handels- und Umweltfragen durch Deutschland vorangetrieben werden. Nach Ansicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein ist es deswegen Besorgnis erregend und für die nachfolgenden Generationen unverantwortlich, dass einzelne EU-Mitgliedstaaten ihren CO₂-Ausstoß eher steigern als verringern.

Vor allem Staaten, wie USA, China, Indien und Brasilien, die einen hohen Anteil an der Schädigung des globalen Klimas leisten, müssen international stärker als bisher dazu gedrängt werden, sich internationalen Klimaszzielen zu unterwerfen. Dies gilt insbesondere für die USA, China, Indien und Brasilien. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert schnelleres Handeln der internationalen Gemeinschaft.

IV. Entwicklungspolitik

In der Entwicklungspolitik muss Deutschland umdenken und darauf hinwirken, dass die deutsche Entwicklungshilfe mit ihren Projekten und finanziellen Zuschüssen das Bewusstsein und Handeln für den Umwelt- und Klimaschutz in diesen Ländern stärkt, Entwicklungsvorhaben, die auf die Erhaltung oder Wiederherstellung der bedrohten Umwelt und den aktiven Klimaschutz abzielen, monetär und technologisch besonders gefördert werden.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein ist sich bewusst, dass damit die deutsche und europäische Entwicklungshilfe um weitere Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes erweitert wird. Angesichts der interdependenten Welt, in der wir leben, ist dies notwendig und wirkt sich langfristig nicht nur für die betroffenen Staaten, sondern auch für Deutschland positiv aus. Mit einer aktiven Umwelt- und Klimaschutzpolitik in den Entwicklungsländern und Schwellenländern wird so umweltbedingter Migrations- und Flüchtlingsströme sowie Verschlechterungen der Lebensgrundlagen vor Ort vorgebeugt.

V. Fazit

Deutschland muss national und international aktiv in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik handeln. Gemeinsam mit der Wirtschaft und der Gesellschaft in unserem Land ist dies für die Politik möglich, wenn sie konsequent, transparent und schnell handelt. Der Handlungsbedarf für den Schutz des Klimas darf dabei nicht die Rechtfertigung für blinden Aktionismus und ideologische Verblendung sein.

Klimaschutz in Deutschland und der anderen Staaten kann nur erfolgreich sein, wenn

- die internationale Gemeinschaft ohne Ausnahmen und Sonderwege koordiniert handelt,
- Deutschland mit einer strengen nationalen Klimaschutzpolitik, technischem Wissen, finanziellen Mitteln und internationaler Einflussnahme eine Vorreiterrolle weltweit einnimmt und
- die Menschen den Sinn hinter Umwelt-, Klimaschutzpolitik verstehen und danach agieren.

Unser Land und unserer Planet in seiner Gesamtheit müssen als Lebensgrundlage für nachfolgende Generationen erhalten bleiben – es ist an der Zeit zu handeln!

Beraten und beschlossen aus dem 60. Schleswig-Holstein-Tag der JUNGEN UNION
am 21. April 2007 in Schönberg.